

Landtagswahl am 28. Oktober

## DPolG-Mitglieder haben die Wahl!

Am 28. Oktober haben die Menschen in Hessen die Möglichkeit, aktiv auf die Zukunft des Landes Einfluss zu nehmen. Die DPolG Hessen hat alle Innenpolitischen Sprecher der im Landtag vertretenen Parteien um ein Interview gebeten, um den DPolG-Mitgliedern sowie ihren Angehörigen und

Freunden die Entscheidung bei der nächsten Landtagswahl zu erleichtern. In jeder Ausgabe des POLIZEISPIEGELS werden wir ein entsprechendes Interview abdrucken (die Reihenfolge des Abdrucks ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Zusage der jeweiligen Innenpolitiker).

## Interview mit Jürgen Frömmrich (Bündnis 90/Die Grünen)



Im Beisein der stellvertretenden Pressesprecherin der Grünen in Hessen, Nathalie Fornhoff, waren wir zu Gast im Landtag bei Jürgen Frömmrich.

**POLIZEISPIEGEL (PS):** Warum sollen Polizeibeamte in Hessen bei der nächsten Landtagswahl die Grünen wählen?

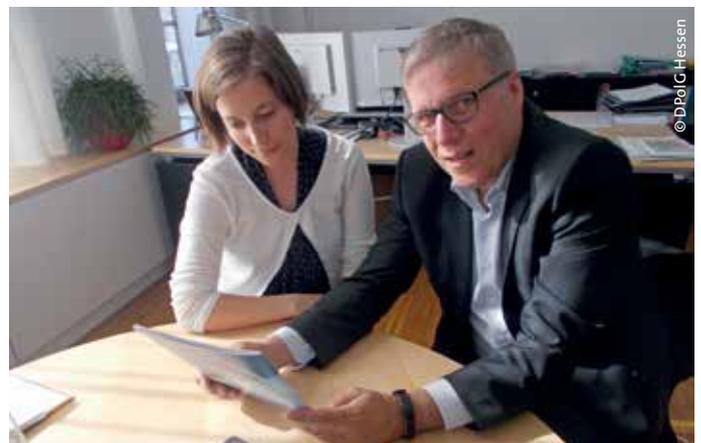
**Jürgen Frömmrich (J. F.):** Weil wir in den vergangenen Jahren in der hessischen Landespolitik viel für Polizeibeamte getan haben. Ich möchte daran erinnern, dass wir gerade jetzt mit dem stärksten Jahrgang an Polizisten an der Hochschule für Polizei und Verwaltung sind. Bis 2022 wollen wir 1.500 Polizeibeamte/-innen mehr im Dienst haben, diese Beschlüsse sind alle gefasst. 120 zusätzliche Stellen für den Verwaltungsbereich wurden auch schon beschlossen. Die Stellen dafür wurden geschaffen, die Finanzmittel sind in den Haushalten 2018 und 2019 ange-

legt. Das ist, glaube ich, eine ganz starke Leistung. Wir sind eines der Bundesländer, die schon frühzeitig diese Beschlüsse gefasst haben. Schon vor den Ereignissen in Köln auf der Domplatte hatten wir uns in der Koalition verständigt, dass wir mehr Stellen schaffen. Bei der Wachpolizei haben wir schon 100 neue Stellen geschaffen, was der Entlastung der Vollzugspolizei dient.

### ➤ Rückkehr in die TdL?

**PS:** Warum ist Hessen nach wie vor nicht in der Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und kocht seine eigene Suppe, obwohl ihre Partei bei der letzten Landtagswahl noch gefordert hat: „Unser Ziel ist die Rückkehr in die TdL, um die tarifpolitische ‚Kleinstaaterei‘ zu beenden.“ (Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen zur letzten Landtagswahl)?

**J. F.:** Wir sind keine grüne Alleinregierung. Im Koalitionsvertrag war das nicht verhandelbar. Mittlerweile sind unsere Tarifergebnisse in Hessen ja teilweise besser als die der TdL, siehe zum Beispiel



➤ Nathalie Fornhoff und Jürgen Frömmrich studieren das DPolG-Infoblatt (von links).

die Familienkomponente oder das Jobticket. Alle, die weiter die Rückkehr in die TdL fordern, müssen jetzt aber auch sagen, dass es diese Vorzüge dann möglicherweise nicht mehr gibt. Uns ist aber auch bewusst, dass es ein sehr aufwendiges Verfahren ist, für die Tarifpartner in Hessen eigene Tarifverhandlungen zu führen.

**PS:** Wollen Sie in Zukunft die Rückkehr in die TdL anstreben?

**J. F.:** Wir werden auch weiterhin im Gespräch mit den Gewerkschaften bleiben. Uns ist der Wunsch sehr verständlich. Aber das Gute aus beiden Welten wird es nicht geben. Da muss man sich dann auch als Gewerkschaft entscheiden,

was man will. Entweder ist man in der Tarifgemeinschaft, dann ist es so wie in der Tarifgemeinschaft vereinbart, oder man ist im TvH, dann gelten die Vereinbarungen des TvH.

**PS:** Wie sieht Ihre Marschrichtung für die Zukunft aus, Rückkehr zum TvL oder TvH?

TdL??

**J. F.:** Es ist ja ein langwieriger Prozess, es war ja nicht nur Hessen nicht in der TdL. Berlin war ja auch ausgetreten und deren Rückkehr wurde auf viele Jahre angelegt. Wenn man das dann so will und die anderen Länder das auch wollen, dann ist das ein aufwendiger Weg. Wir würden diesen Weg gehen, aber das haben wir zurzeit in der Koalition nicht vereinbart.

### Impressum:

Redaktion:  
Alexander Glunz (V. i. S. d. P.)  
DPolG-Landesgeschäftsstelle:  
Otto-Hesse-Straße 19/T3  
64293 Darmstadt  
Tel. 06151.2794500  
Fax 06151.2794502  
E-Mail: glunz@dpolghessen.de  
ISSN 0723-1830



Personal

PS: Reichen die circa 1.500 Stellen bis 2022 aus, oder muss dort nachgeschlüsselt werden?

J. F.: Ich glaube vor Kurzen einen Bericht eines Vorsitzenden einer anderen Gewerkschaft aus dem Polizeibereich gelesen zu haben, wo gesagt wurde, alle Forderungen der Gewerkschaft seien nun erfüllt. Mal Spaß beiseite, ich glaube, dass es immer Forderungen von Mitarbeitern geben wird nach mehr Personal. Wir haben mit 1.500 neuen Polizisten, die wir dann mehr haben, ein gutes Fundament geschaffen. Aber auf Kriminalitätsfelder, wie beispielsweise Cybercrime, was vor 20 Jahren noch kein Thema war, aber heute ein ganz wichtiges Thema ist, müssen wir natürlich reagieren. In diesen Bereichen müssen wir gut ausgebildetes und auch entsprechend bezahltes Personal haben, und da sind wir als Regierungsfraktion im Gespräch. Sobald es große Änderungen gibt, muss Politik da natürlich nachsteuern, aber im Großen und Ganzen sind wir in Hessen gut aufgestellt.

PS: In ihrem Regierungsprogramm haben Sie die Einführung eines Polizeibeauftragten gefordert, wo ist dieser?

J. F.: Wir konnten in der Koalition nicht alles durchsetzen. Es war ein Wunsch von uns, einen unabhängigen Polizeibeauftragten zu haben. Das haben wir im Koalitionsvertrag nicht durchgesetzt. Wir haben einen Polizeibeauftragten im Innenministerium, der sich um Beschwerden im Polizeibereich kümmert. Wir haben aber auch beim Landtag eine Ombudsstelle vereinbart, die sich um Bürgerbeschwerden insgesamt kümmern soll. Das haben wir noch nicht umgesetzt, sind da aber im Gespräch.

Wachpolizei und Freiwilliger Polizeidienst

PS: Welche Haltung nehmen die Grünen zur Wachpolizei ein und wird es einen Ausbau geben?

J. F.: Die Wachpolizei ist eine Ergänzung zur Vollzugspolizei. Sie dient zur Entlastung und ersetzt keine gut ausgebildeten Polizeibeamten. Wir haben uns ja vor vielen Jahren für die zweigeteilte Laufbahn entschieden, das war auch richtig

so. Die Wachpolizei soll Polizeibeamte bei Routinearbeiten unterstützen und entlasten.

PS: Wie stehen Sie zum freiwilligen Polizeidienst?

J. F.: Das halten wir für keine gute Idee. Wir sind der Auffassung, dass da, wo Polizei draufsteht, auch Polizei drinstecken sollte. Wir geben uns sehr viel Mühe, mit der Ausbildung und haben da hohe Ansprüche an die Qualität. Deshalb kann ich niemanden der einige Stunden

Ausbildung absolviert hat, den Titel Polizei verleihen.

Schwerpunkte der Zukunft

PS: Welche Schwerpunkte würden die Grünen in erneuter Regierungsverantwortung im Bereich Sicherheit legen?

- J. F.: > Genug Personal für die neuen Kriminalitätsfelder. > Stärkung der Präventionsarbeit, um gar nicht erst einschreiten zu müssen. > Extremismusprävention in Schulen und im Netz. > Zusätzliche Hilfsangebote für Menschen, die auf die „Schiefe Bahn“ geraten sind. > Und das alles in einer guten Mischung.

Übernahme der Tarifergebnisse zeit- und inhaltsgleich?

PS: Ist es für die Grünen selbstverständlich, das Ergebnis der Tarifabschlüsse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten zu übernehmen?

J. F.: Wenn es möglich ist, wollen wir das gerne tun. Das sollte auch der Normalfall sein. Es gibt aber auch Situationen, in welchen aufgrund höherer Interessen, wie beispielsweise der Einhaltung der Schuldenbremse, davon abgewichen werden muss. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir dieses Jahr seit 1969 erstmals wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt haben

PS: Welche persönlichen Worte möchten Sie noch an die DPoIG-Mitglieder richten?

J. F.: Ich glaube, dass wir in Hessen eine gute Arbeit für die Polizei gemacht haben und wir sind und bleiben da Gesprächsbereit. Wir sind mit Prävention, guter Polizeiarbeit und Hilfsangeboten in der Mischung sehr erfolgreich.



Die Teilnehmer des Zielgruppengesprächs vor der Polizeistation.

SPD-Zielgruppengespräch DPoIG Mittelhessen ist dabei

Polizeistation Wetzlar

Neben Polizeibeamten der Polizei Wetzlar, deren neuem Dienststellenleiter EPHK Gerhard Keller, Kriminalbeamten Siegfried Schulz waren auch die Gewerkschaften aus dem Polizeibereich zum Zielgruppengespräch der SPD nach Wetzlar geladen worden.

Neben dem SPD-Vorsitzenden Lahn-Dill und Landrat Wolfgang Schuster waren die Innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, Herr Stephan Grüger MdL sowie Mitglieder aus Kreistag und SPD-Parteioorganisation wie Frau Cirsten Kunz gekommen, um sich einen Eindruck von den Anliegen der Polizei in der Kreisstadt in Mittelhessen zu verschaffen.

Die DPoIG Mittelhessen war durch ihre Vorsitzende Marilia Thomas und Pressesprecher Alexander Glunz vertreten. In lockerer Runde erläuterte Frau Faeser ihre Vorstellungen von Verbesserungsmöglichkeiten bei der Polizei. Wie im Interview zur Landtagswahl 2018 im POLIZEISPIEGEL Mai 2018 (wir berichteten), erklärte sie erneut, dass es Absicht der SPD sei, schnellstmöglich in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückzukehren und die Arbeitsbedingungen der Polizei zu verbessern, zum Beispiel durch

die Einführung der Ruhegehaltspflicht der Polizeizulage.

Aber auch die alltäglichen Probleme der Polizei vor Ort, wie die Raumnot der Polizei in Wetzlar und das marode Gebäude, sowie Probleme mit dem Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) oder den Verwaltungsaufwand im Bereich IZEMA und LAK, nahm die Landespolitikerin mit auf.

Mit sehr deutlichen Worten machte Frau Faeser klar, dass sie von Outsourcing und Rückmietung von Landesimmobilien wenig hält und dort Veränderungen notwendig sind.

Anerkennende Worte fand der SPD-Vorsitzende des Lahn-Dill-Kreises und als Landrat, oberster Verwaltungsleiter für die gute und unkomplizierte Zusammenarbeit zwischen Polizei und kommunaler Verwaltung im gesamten Lahn-Dill-Kreis.

Die DPoIG-Abordnung ließ die Gelegenheit natürlich nicht aus, auch nochmals die aktuellen Probleme wie die Personal- und Stellenproblematik anzusprechen und den Politikern mit auf den Rückweg nach Wiesbaden zu geben.

Alexander Glunz, Landesredakteur

Kommentar

Berufswunsch: Betrüger oder Chef eines Automobilkonzerns

Da wird offensichtlich der Verbraucher im großen Maß betrogen und es interessiert niemanden.

Die Fakten sind bekannt, nicht nur VW sondern auch andere Autobauer haben falsche Zahlen bei den Abgaswerten an die Kunden ausgewiesen, haben illegale Abschalteinrichtungen eingebaut. Das ist aufgefliegen, seltsamerweise in den USA. Da fragt man sich, was macht eigentlich das Kraftfahrtbundesamt (KBA im Geschäftsbereich des Bundesverkehrsministeriums)? Seltsam auch, dass augenscheinlich besonders deutsche Autobauer betrogen haben und andere es geschafft haben, die Abgaswerte ohne Lug und Trug zu erfüllen. Aber nun ist es so, das falsche Spiel ist aufgefliegen.

Wo bleibt der Aufschrei, wo bleiben vor allem die Konsequenzen? Der Bundesverkehrsminister hat bis heute keine Strafmaßnahmen gegen die Autobauer verhängt. Im Gegensatz zu den USA, wo VW über 20 Milliarden gezahlt hat und nicht nur an Strafe, sondern auch großzügige Entschädigungen an die Autokäufer. In Deutschland muss jeder Käufer einzeln vor Gericht ziehen, wobei noch nicht einmal geklärt ist, ob der Händler oder der Konzern zu verklagen ist. Und was macht die Politik? Einen Autogipfel, wo auf die Wünsche der Konzerne, ein Softwareupdate als ausreichend anzusehen, eingegangen wird. Wenn es so einfach wäre, warum hat man dann nicht gleich die bessere Software verbaut?

Und wieder kein Wort vom Bundesverkehrsminister, welcher lieber eine Pkw-Maut einführen will, als für Ehrlichkeit bei den Autozulassungen zu sorgen. Wir erinnern uns, in den Jahren der Finanzkrise hat die Bundesregierung die „Abwrackprämie“ eingeführt, eine Zahlung für jedes neu gekaufte Auto, egal ob besonders umweltfreundlich oder nicht. Viel Geld des Steuerzahlers ist damals an die Autobauer gegangen. Zurückgegeben haben diese bis dato nichts als falsche Angaben und wenig kundenfreundliches Verhalten. Scheinbar ist die Verandelung zwischen Politik und Wirtschaft so gut, dass man sich in den Chefetagen keine Sorgen macht. Aber nicht nur in der Bundespolitik klappt der Deal mit „eine Hand wäscht die andere“ sehr gut. Auch in Hessen läuft das Spiel, wie uns nicht nur Roland Koch als ehemaliger Ministerpräsident und dann plötzlich Vorstand beim Bauriesen Bilfinger und Berger zeigt. Auch der ehemalige Landespolizeipräsident Norbert Nedela, unter dessen Feder die Polizei in Hessen von der Firma Heckler und Koch eine neue Dienstpistole P30 bekam, fand, kaum hat er den Landesdienst verlassen, genau bei dieser Firma einen Job. Auf Nachfrage, in welchen Feldern Herr Nedela für Heckler und Koch tätig war und wie lange, kam von der Pressestelle der Firma Heckler und Koch keine Antwort. Jeder Polizist muss auch die kleinste Nebentätigkeit bei seinem Dienstherrn anmelden. Somit soll Transparenz geschaffen und Abhängigkeiten von anderen als vom Dienstherrn ausgeschlossen werden. Sollte dieses dann nicht auch für die wichtigen Entscheidungsträger in unserem Staat gelten? Möglicherweise würde dann auch eine millionenfache Täuschungshandlung am Autokäufer, die darauf gerichtet ist, mehr eigene Autos zu verkaufen, also einen Vermögensvorteil zu erlangen, auch als das gesehen was es ist: Betrug! Aber wir warten lieber den nächsten Abgasgipfel ab, wenn sich unsere Politiker wieder mit Betrügern an einen Tisch setzen, um denen die Folgen ihres kriminellen Handelns so gut wie möglich abzumildern.

Kommentar von Alex Glunz

Wählerung?

2

Landesverband Hessen

3

Landesverband Hessen



© DPoIG Hesse

# Willst du Hessen vorne sehen, musst du die Tabelle drehen! Einstellungszahlen und der Blick über die Landesgrenze

Über 1 000 neue Stellen, das ist es, womit sich der Innenminister bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit brüstet. Aber ist das wirklich so toll? Diese Zahl bezieht sich nicht auf ein Einstellungsjahr, sondern auf mehrere.

## Hessen – rund 250 pro Jahr

Genau gesagt sind von 2015 bis 2022, also in sieben Jahren, 1 520 neue Stellen geplant, also im Durchschnitt circa 250 pro Jahr. Das über die Jahre hinweg erheblich mehr als diese 1 000 Stellen eingespart wurden, verschweigt die schwarz-grüne Koalition gerne. Wie sieht es denn anderswo aus? Da lohnt sich der Blick über den Teller- rand in unser direktes Nachbar- bundesland NRW.

## NRW – rund 2 300 pro Jahr

Dort, wo fast jeder Polizeibe- amte mit der A 11 in Ruhestand geht, wo es freie Heilfürsorge

gibt, dort werden jedes Jahr über 2 300 neue Polizist(inn)en eingestellt. Dort liegen auch jährlich über 11 000 Bewerbun- gen für den Beruf des Polizei- beamten des Landes NRW vor. Zum Vergleich: In Hessen wa- ren es zum letzten Einstel- lungstermin (zwei Termine pro Jahr) circa 3 500. Wenn man be- denkt, dass schon fast die Häl- fe der Bewerber gar nicht erst zum Test erscheint, zum gro- ßen Teil auch noch unentschul- digt, so weiß man, dass das Rennen um die besten Köpfe für die Polizei nicht durch Klot- zen gewonnen werden kann. Die ersten Verantwortlichen in Hessen haben das erkannt und man versucht gegenzusteuern. Zum Beispiel mit flächende-

ckenden Einstellungsberatern, gerade und besonders in den Grenz- und ländlichen Regio- nen. So kann verhindert wer- den, dass Polizeinachwuchs in Nachbarbundesländer abwan- dert und junge Menschen aus den Grenzregionen der Nach- barbundesländer können ge- wonnen werden. Aber reicht das aus?

## Rahmenbedingungen verbessern

Muss es nicht so sein, dass ge- rade die Rahmenbedingungen nach wie vor verbessert werden müssen? Es steht doch außer Frage, dass ein junger Mensch, der ungebunden und weltoffen ist, sich lieber einen Arbeitge- ber mit 40-Stunden-Woche,

besseren Beförderungschancen und erheblich besseren Sozial- leistungen wie das Land NRW sucht als eine 41-Stunden- Woche mit fast drei Millionen Überstunden, kaum Beförde- rungschancen, keine ruhege- haltstfähige Polizeizulage und erheblich schlechterer Besol- dung, wie sie ihm das Land Hessen zurzeit bietet.

Wer heute neben der Wirt- schaft, wo wir bereits über eine 28-Stunden-Woche reden, wo es ein 13., ja sogar 14. Mo- natsgehalt und Ähnliches gibt, bestehen will, muss sich etwas einfallen lassen.

Alexander Glunz

HESSEN



> 1. Mai, Tag der Arbeit

Den Gewerkschaften ist es zu verdanken, dass es den 1. Mai gibt. An diesem Tag soll daran erinnert werden, dass es die arbeitende Bevöl- kerung ist, der wir Wohlstand und Wachstum zu verdanken haben und der Tag soll zu einer Verbesserung der Arbeits- und auch Lohn- bedingungen mahnen.

Die DPoIG Hessen möchte den Tag aber auch nutzen, an die zu den- ken, die eben keinen Feiertag daraus machen können, weil sie genau das am Tag der Arbeit machen: arbeiten.

In erster Linie sind das:

- > Polizeibeamte
- > Personal in Kranken- häusern und Pflege- einrichtungen
- > Feuerwehrleute
- > Apotheker
- > Bäcker und Verkäufer
- > Seelsorger

und allen die für unser Wohl an dem Tag der Arbeit nicht frei haben sagen wir **Danke!**

> Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag

<b>Der Landesvorstand der DPoIG Hessen gratuliert seinen im Ruhestand befindlichen Geburtstagskindern des Monats Juni</b>		
Fischer, Kevin		30
Geppert, Jill		30
Langner, Martin		30
Leonhardt, Kristian		30
Bohnert, Michael		40
Obmann, Bastjan		40
Bitsch, Manfred		60
Hallstein, Michael		60
Lorenz, Uwe		60
Modjesch, Matthias		60
Vetter, Wolfgang		60
Werner, Uwe		60
Flögel, Walter	62	
Hiltmann, Ralf	64	
Hischer, Dieter	65	
Conrad, Karl-Horst	66	
Geider, Robert	69	
Eisenrauch, Eberhard	71	
Augsburger, Karl	73	
Nickel, Wolfgang	73	
Kuhlenkamp, Franz Josef	75	
Siebold, Peter	77	
Gropp, Klaus-Dieter	79	
Hesse, Rudolf	79	
Nebelung, Wolfgang	79	
Hild, Rolf	91	
<b>Zum „runden“ Wiegenfest gratulieren wir im Juni</b>		
Cervinka, Philipp	30	

**Unseren erkrankten Kolleginnen und Kollegen wünschen wir eine baldige gute Genesung und keine bleibenden gesundheitlichen Schäden!**

**Der Landesvorstand wünscht allen Dienst- und Gewerkschaftsjubilaren Glück, Gesundheit, viel Erfolg und alles Gute!**